

Selbstherrlich und autoritär

VON TORALF STAUD

Kritik ist die Birthler-Behörde nicht gewohnt. 15 Jahre lang war es praktisch nur die PDS, die etwas an der Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde auszusetzen hatte. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum die Behördenchefin Marianne Birthler Vorwürfe gegen ihr Haus immer erst mal brüsk abwehrt. So auch vergangene Woche, als sie ein Gutachten zur Beschäftigung von 56 ehemaligen Stasimitarbeitern in ihrem Haus sofort »mit Enttäuschung und Befremden« zurückwies.

Die Behörde erlebe derzeit »die größte Krise ihrer Geschichte«, urteilt die Süddeutsche Zeitung. Im Dezember vergangenen Jahres war bekannt geworden, dass dort viel mehr Ex-Stasimitarbeiter arbeiten, als die Öffentlichkeit bislang annahm. Kulturstaatsminister Bernd Neumann bat daraufhin den ehemaligen Verfassungsrichter Hans Klein und den Berliner Historiker Klaus Schroeder um ein Gutachten. Vergangene Woche wurde es dem Bundestag übergeben, diese Woche dort diskutiert.

Birthler erklärte, das 114-seitige Papier gebe nur Altbekanntes wieder. Doch für die Öffentlichkeit sind viele Details aus dem vertraulichen Gutachten, das der ZEIT vorliegt, neu: Beispielsweise schildert es, wie unter Birthlers Vorgänger Joachim Gauck ehemalige Mitarbeiter der DDR-Behörden systematisch bei der Einstellung bevorzugt wurden. »Diese verstanden sich mit den aus dem Westen gekommenen Beamten erheblich besser als mit ehemaligen Bürgerrechtlern«, die in der Behörde folglich im Laufe der Jahre an den Rand oder ganz hinausgedrängt wurden. Ausgerechnet zwei Ex-Stasioffiziere waren in den neunziger Jahren im »Sachgebiet Sonderrecherche« mit besonders heiklen Überprüfungen wie denen von Gregor Gysi oder Manfred Stolpe befasst sie recherchierten unbeaufsichtigt und hatten die Möglichkeit, »Akten zu manipulieren« und »verschwinden zu lassen«. Nach dem 11. September 2001 durften die beiden eine Expertise über die Unterstützung von arabischen Terroristen durch die Stasi erarbeiten das Ergebnis war ein verharmlosendes Dossier. Über fünfzehn Jahre lang wurde nach außen verschwiegen, dass eine Gruppe von knapp 50 Stasimitarbeitern seit Gründung der Behörde den Wachdienst dominiert. Noch heute stellen sie den Leiter und seine sechs Stellvertreter.

Die, so das Gutachten, »bewusste Irreführung von Parlament und Öffentlichkeit« über die Zahl von Ex-Stasimitarbeitern habe schon unter Gauck begonnen, setzte sich aber später fort. Mehrfach wurden falsche Zahlen an den Bundestag gegeben. Die explizite Frage, ob es denn zutrefte, dass für die Überprüfung von Gregor Gysi eine eigene Arbeitsgruppe gebildet wurde, verneinte man. Dazu das Gutachten:

»Diese Antwort ist insoweit zutreffend, als tatsächlich aus diesem Anlass keine zusätzliche Arbeitsgruppe gebildet worden ist - sie bestand bereits.«

Mit der Abgabe derartiger Erklärungen im engen Wortsinn korrekt, aber unbefangene Leser in die Irre führend reagierte die Behörde auch vergangene Woche. Beispielsweise kritisiert das Klein/Schroeder-Gutachten die hohe Zahl ehemaliger »Systemträger und Staatskader« in der Behörde »gegenwärtig mindestens 400 Personen«.

Birthler wies die Zahl scharf zurück. »Quellen«, stellte sie spitz fest, »benennt das Gutachten nicht.« Das stimmt zwar aber Birthler wusste genau, dass sie selbst die Quelle war. Als nämlich Ende vergangenen Jahres die Debatte erstmals hochkochte, ließ sie in den Personalunterlagen aller Mitarbeiter recherchieren, wo diese vorher gearbeitet hatten. Über das Ergebnis, eben 400 Personen, wurde der Behördenbeirat im Dezember 2006 informiert. Von dort aus fand die Zahl ihren Weg zu den Gutachtern. Gegen die Pauschalüberprüfung zog der Personalrat vor Gericht, auf einer Betriebsversammlung am vergangenen Donnerstag räumte Birthler den gesamten Vorgang schließlich ein. Aber erst auf Nachfragen und nachdem sie vorher auch hier den Eindruck erweckt hatte, mit der tatsächlich zweifelhaften Zahl nichts zu tun zu haben. Das Vertrauensverhältnis zur Führung der Behörde sei nun endgültig zerstört, war hinterher von etlichen Mitarbeitern zu hören.

Schon seit Jahren liegt dort die Stimmung am Boden. Ehemalige Bürgerrechtler klagen, dass die Behörde inzwischen die Vergangenheitsaufarbeitung eher behindere als fördere der DDR-Dissident und frühere Mitarbeiter der Behörde Jürgen Fuchs berichtete in seinem Buch Magdalena verbittert aus dem kafkaesken Innenleben der Behörde.

Die Belegschaft ist überaltert. Beim Krankenstand liegt die Birthler-Behörde unter allen oberen Bundesbehörden an der Spitze das »Symptom eines tiefer reichenden Missstandes«, meint die Vorsitzende des Berliner Personalrats, Sonja Thabet. Vor drei Jahren malte sie in einer internen Versammlung ein vernichtendes Bild: Engagierte Mitarbeiter fühlten sich »zum kleinen Rädchen degradiert, abqualifiziert, kaltgestellt«, viele Vorgesetzte seien inkompetent, »selbstherrlich, autoritär oder einfach selbst demotiviert«. Ein externes Gutachten im Auftrag der Behördenspitze stellte den Führungskräften ebenfalls ein verheerendes Zeugnis aus. Wenig sensibel war etwa ein Auftritt von Marianne Birthler letzten Sommer in der Bunten: Sie ließ sich mit Füßen auf dem Schreibtisch fotografieren (»Ich liebe die feine Maserung des Erlenholzes.«), just als das Haus öffentlich unter Feuer stand, weil es Hinweise auf Dutzende Stasi-IM im Bundestag der siebziger Jahre nicht nachgegangen war.

Die Behörde habe, heißt es in dem Gutachten, »Formen eines Autismus« entwickelt, der jede Einmischung von außen, »einschließlich parlamentarischer oder öffentlicher Kritik, nur als Störfaktor wahrzunehmen in der Lage ist«. So auch auf der »Nutzerkonferenz« der Behörde im Februar dieses Jahres: Der Leiter der Stasi-Gedenkstätte Bautzen klagte dort über die schleppende Bearbeitung

von Forschungsanträgen. Da brauste Marianne Birthler auf und stellte gleich die ganze Seriosität seiner Gedenkstätte infrage. Dabei berichten viele andere Wissenschaftler und Journalisten, dass die Behörde zunehmend zögerlich sei bei der Herausgabe von Stasiakten. Als beispielsweise die ZEIT einem Stasi-IM in der SPD-Bundestagsfraktion auf der Spur war, wurden ihr monatelang Unterlagen vorenthalten (ZEIT Nr. 7/07).

Die Gutachter Klein und Schroeder plädieren für eine stärkere externe Kontrolle der Behörde, die bisher keinem Ministerium, sondern nur dem Bundestag gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Dort aber findet derzeit ein Tauziehen zwischen CDU/CSU und SPD um die Zukunft der Behörde statt. Birthler versucht, ihr Haus und dessen Eigenständigkeit zu wahren. Die Gutachter halten ihr einen »mehr als nur nachlässigen Umgang mit der Wahrheit« vor. Damit könnte Marianne Birthler am Ende das genaue Gegenteil erreichen.

ZEIT ONLINE 2007